

Adresse: Volkshaus/Stauffacherstr. 60
8004 Zürich
Korrespondenz: Postfach, 8026 Zürich
Telefon: 044 241 97 97
Telefax: 044 241 97 89
E-Mail: info@gbkz.ch
Internet: www.gbkz.ch/
Postkonto: 80-7816-3



Zürich, 13. Juni 2010

Medienmitteilung des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich

Ein grosser Fortschritt hin zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie dank der Initiative der Gewerkschaften!

Das Komitee „Kinderbetreuung Ja!“ und der Zürcher Gewerkschaftsbund, der die Initiative Kinderbetreuung JA! lanciert hat, sind erfreut darüber, dass es dank der Initiative gelungen ist, dem Gegenvorschlag zur Mehrheit zu verhelfen. Endlich gibt es auch für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter auf kantonaler Ebene eine gesetzliche Grundlage. Das ist ein grosser Fortschritt gegenüber heute. Jetzt soll der Regierungsrat die Umsetzung rasch an die Hand und die Gemeinden in die Pflicht nehmen.

Die relativ hohe Zustimmung zum Gegenvorschlag, die dank dem Druck der Volksinitiative erreicht werden konnte, zeigt, dass ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen heute in der breiten Bevölkerung endgültig nicht mehr als reine private Angelegenheit verstanden wird, sondern allen Eltern und ihren Kindern, unabhängig vom Wohnort bereits auch im Vorschulalter mit Unterstützung der Gemeinden zur Verfügung stehen soll.

Die Stimmberechtigten haben mit ihrem heutigen Entscheid grosses Vertrauen in die Gemeindebehörden gezeigt. Die Gemeinden sind angesichts der langen Warteschlangen bei Krippen und Tagesfamilien aufgerufen, die ihnen aufgetragene neue Verantwortung mit aller Ernsthaftigkeit und rasch anzupacken und das Betreuungsangebot für Kinder im Vorschulalter bedarfsgerecht und adäquater Qualität auf- oder auszubauen.

Der angenommene Gegenvorschlag lässt den Gemeinden für die Finanzierung verschiedene Modelle offen. Auch über die Frage, ob sie die Elterntarife dem Einkommen entsprechend sozial abstufen wollen, können die Gemeinden selber entscheiden. Damit aber die Nutzung des Betreuungsangebots keine Frage des Geldes wird, müssen die Gemeinden dieses wichtige Anliegen der Initiative gebührend berücksichtigen und der Kanton muss die Voraussetzungen für die soziale Abstufung der Elterntarife auch für finanzschwache Gemeinden schaffen.

Das Komitee Kinderbetreuung Ja! und der Gewerkschaftsbund erwarten nun von der Regierung, dass er die Umsetzung des Volkswillens unverzüglich an die Hand nimmt und die angenommene Änderung des Jugendhilfegesetzes per 1.1.2011 in Kraft setzt.

Unser Dank gilt allen Stimmberechtigten, ganz besonders jenen, die sich auch ohne persönliche Betroffenheit, aber im Sinne des gesellschaftlichen Gemeinwohls für ein bedarfsgerechtes, qualitativ gutes und bezahlbares Kinderbetreuungsangebot im ganzen Kanton ausgesprochen und damit dieses –auch aus Sicht der Initiant/innen durchaus erfolgreiche- Ergebnis ermöglicht haben.

Für weitere Auskünfte: **Julia Gerber Rüegg, 079 635 64 60**, Präsidentin GBKZ, SP-Kantonsrätin